

Politische Bildung

«Weh dir Helvetia»?

Iris Frey

Fotos: Mark Nolan / Collagen: büro z

Wie steht es mit dem Interesse an Politik und der politischen Bildung bei den jungen Menschen in der Schweiz und spezifisch im Kanton Bern? Wie kann man erreichen, dass beides zunimmt? Was kann die Schule tun? EDUCATION nimmt die politische Bildung, deren Bedingungen und Verbesserungsmöglichkeiten in den Fokus.

Als Hans-Rudolf Merz bei der Miss-Schweiz-Wahl im Jahr 2009 von keiner der Titelanwärterinnen erkannt wurde – Merz war damals Bundespräsident –, klagte der Blick «Weh dir Helvetia!». Doch inwiefern sind Linda Fäh & Co. repräsentativ, wie steht es bei den jungen Menschen tatsächlich mit dem Interesse an Politik und ihren Politikkompetenzen?

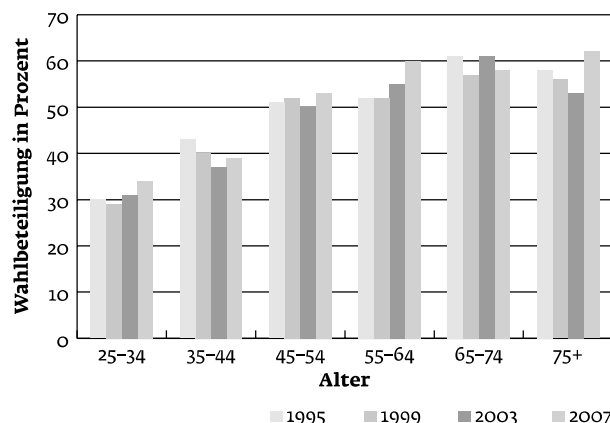
Ein Blick auf die Gemeindepolitik im Kanton Bern scheint das mangelnde Interesse für Politik, zumindest für ein politisches Engagement, zu bestätigen:

«Gesucht: Gemeinderat, jung, weiblich»

Unter diesem Titel fasste die Berner Zeitung kürzlich ihre Berichterstattung zum zweitägigen Thuner Politforum zusammen¹ und brachte damit das Thema auf den Punkt, mit welchem sich die Veranstaltung befasst hatte: den fehlenden Nachwuchs für die Exekutivämter von Berner Gemeinden. Noch immer ist der typische Gemeindepolitiker männlich und zwischen 45 und 65 Jahren alt. Die junge, vor allem die junge weibliche Zielgruppe übt sich in Zurückhaltung.

Politik holt auch die noch jüngeren, politisch unmündigen Schweizerinnen und Schweizer nicht aus den Sesseln; umgekehrt holen die sich mit ihren Politikkompetenzen keine Lorbeeren. Dies bestätigen etliche Studien, eine internationale Vergleichsstudie aus dem Jahr 2003 unter der Leitung des Freiburger Pädagogikprofessors Fritz Oser² sei herausgegriffen. 28 Länder hatten mit über 90 000 14/15-Jährigen (in der Schweiz 3100 Jugendliche) daran teilgenommen. Die Ergebnisse für die Schweiz waren wenig rühmlich: Rang 19 von 28 belegte sie in Sachen «politisches Verstehen», Rang 21 beim «Interesse für Politik» und gar Rang 28 bei der Absichtserklärung, als Erwachsene überhaupt wählen zu gehen. Auch in der jüngeren ICCS-Studie schnitt wiederum eine beachtlich grosse Gruppe der Schweizer Jugendlichen mit ungenügenden Leistungen ab.³

Tatsächlich ist die Beteiligung junger Erwachsener an eidgenössischen Wahlen und Abstimmungen geringer als jene von allen anderen Stimm- und Wahlberechtigten, weiss Isabelle Stadelmann-Steffen von der Universität Bern. Für EDUCATION hat die Assistenzprofessorin für Vergleichende Politik am Institut für Politikwissenschaft die Wahlbeteiligung bei Nationalratswahlen der letzten Jahre grafisch dargestellt:

Wahlbeteiligung bei Nationalratswahlen nach Alter, 1995–2007⁴

1 Berner Zeitung vom 11. März 2013, Seite 11

2 Oser, Fritz/ Biedermann, Horst (2003): Jugend ohne Politik: Ergebnisse der IEA Studie zu politischem Wissen, Demokratieverständnis und gesellschaftlichem Engagement von Jugendlichen in der Schweiz im Vergleich mit 27 anderen Ländern

3 ICCS – INTERNATIONAL CIVIC AND CITIZENSHIP EDUCATION STUDY; Staatsbürgerinnen und Staatsbürger von morgen: Zur Wirksamkeit politischer Bildung in der Schweiz. Ein Vergleich mit 37 anderen Ländern. Horst Biedermann, Fritz Oser, Liana Konstantinidou und Dagmar Witorski, 2010, S. 83

4 Quelle: Isabelle Stadelmann-Steffen und Daniela Koller, basierend auf Lutz, Georg (2008): Eidgenössische Wahlen 2007. Wahlteilnahme und Wahlentscheid. Lausanne: Selects – FORS, 2008

Isabelle Stadelmann moniert, dass es «wenig und v. a. kaum systematische Untersuchungen zur politischen Partizipation Jugendlicher» gebe. Diese Lücke will sie mit einem eigenen Forschungsprojekt schliessen. Basierend auf einer Umfrage unter Mittel- und Berufsschülerinnen und -schülern wird sie mit ihrem Team die politische Partizipation von jungen Erwachsenen in der Schweiz untersuchen. Der Kanton Bern wird mit 30 Klassen an dieser Umfrage teilnehmen. «Er gehört damit zu den Kantonen, die sich am stärksten an unserem Projekt beteiligen», sagt Isabelle Stadelmann gegenüber EDUCATION.

In einem politischen System wie der Schweiz, das vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten bietet, aber auch hohe Anforderungen bezüglich des politischen Wissens und der individuellen Entscheidungsfähigkeit stellt, komme im Übrigen der Vermittlung von politischem Wissen und dem Erlernen «partizipativer Skills» eine sehr wichtige Rolle zu, ist die Politikwissenschaftlerin überzeugt. Studien zeigten, dass man solche «partizipativen Fähigkeiten» auch in nicht politischen Umgebungen wie in der Schule, aber auch in Vereinen oder Organisationen lernen könne. Stadelmann begrüsst deshalb Bestrebungen, die bei der politischen Bildung in der Schule ansetzen: «Die Schule ist ein zentraler Ort der jugendlichen Sozialisation und kann deshalb für eine spätere politische Beteiligung durchaus eine wichtige Rolle spielen.»

Mehr Demokratie wagen

Zur Erinnerung: Politisch mündig werden Schweizer Bürgerinnen und Bürger mit 18 Jahren. Eine Ausnahme bilden die Staatsbürgerinnen und -bürger des Kantons Glarus, die seit 2007 ab dem 16. Lebensjahr das aktive Stimm- und Wahlrecht in kantonalen Angelegenheiten wahrnehmen können. Ein Volksbegehren, das keine

Chance hatte im Kanton Bern: Ende November 2009 lehnten deutliche 75 Prozent der Stimmberechtigten eine entsprechende Verfassungsänderung ab. Obwohl das Kantonsparlament die Vorlage knapp angenommen hatte und sie die Unterstützung des Regierungsrates genoss. Die Befürworter hatten argumentiert, mit dem aktiven Stimmrechtsalter 16 würde die Lücke zwischen der Theorie in der Volksschule und der Praxis im politischen Alltag geschlossen. Und sie hatten Willy Brandt zitiert: «Wollen wir die Jugend gewinnen, müssen wir mehr Demokratie wagen.»⁵

Dass die Jugendlichen erst mit 18 Jahren am politischen Leben teilnehmen können, wird auch heute als wenig förderlich für prosperierendes politisches Interesse angesehen. Katharina Kalcsics, Dozentin für Fachstudien und -didaktik Natur-Mensch-Mitwelt an der PHBern, legt im Gespräch mit EDUCATION dar, wie schwierig es sei, Politik in Klassenzimmern zu simulieren. Nur wer nach der Problemanalyse und Lösungssuche auch deren Umsetzung beeinflussen könne, erlebe Politik, stelle fest, dass Politik nie fertig sei, dass eine Lösung vielleicht für einen Moment stimme und dann eine neue gesucht werden müsse. Wenn Jugendliche diese Grunderfahrung machen könnten, wachse in der Regel ihr politisches Interesse, sagt sie. Und gibt ein paar Anregungen, worauf Lehrpersonen und andere Bezugspersonen achten sollten, wenn sie Kinder und Jugendliche in die Praxis eines demokratischen Lebens einführen wollen (vgl. Interview mit Katharina Kalcsics, S. 16).

Vom traditionellen Staatskundeunterricht zum «Demokratie-Lernen»

Immerhin blieb das schlechte Abschneiden der Schweizer Jugendlichen bei internationalen und nationalen Studien bezüglich ihrer politischen Bildung nicht folgenlos: Es führte in verschiedenen Kantonsparlamenten zu politischen Vorstössen; im Kanton Bern u. a. zu einer Motion der EVP im Jahr 2006 mit der Forderung, den «Staatskundeunterricht» in der Volksschule und auf der Sekundarstufe II zu beleben und zu fördern.⁶ Und die erkannten Mängel führten zu einer Bereicherung bei den Unterrichtsmaterialien. Erwähnenswert ist der Ordner «Politik und Demokratie – leben und lernen»⁷, der im Rahmen der interkantonalen Zusammenarbeit entwickelt und im Frühling 2007 in erster Auflage herausgegeben wurde. Erwähnenswert auch deshalb, weil man sich im Lehrmittel auf einen neuen Ansatz bei der politischen Bildung berief: weg vom traditionellen Staatskundeunterricht, der die Entwicklung und Ausdifferenzierung verschiedener Staatsformen thematisiert, hin zum viel umfassenden Ansatz des «Demokratie-Lernens», welches das Hauptziel der politischen Bildung in der Volksschule darstellen müsse.⁸

5 Vgl. Motion 0734 Masshardt, Langenthal (SP-JUSO), eingereicht am 29. November 2006

6 Motion 257-2006, Belebung und Förderung des Staatskundeunterrichts in der Volksschule und auf der Sekstufe II (Cymnasien, Berufsbildung), eingereicht durch Erwin Sommer, EVP, Melchnau, Gerhard Baumgartner, EVP, Ostermundigen

7 Politik und Demokratie, leben und lernen. Politische Bildung in der Schule, Grundlagen für die Aus- und Weiterbildung, 2007 schulverlag blmv AG, Bern

8 Ebenda, Konzepte, Politische Bildung systematisch, Einführung, S. 3

9 Ruth Calderón-Grossenbacher: Politische Bildung in der Schweiz, Analyse des Lehrplans auf Sekundarstufe I im Kanton Bern, Lizentiatsarbeit Philosophische Fakultät Universität Freiburg (CH), Oktober 1998

10 Ebenda, S. 1

11 Medienmitteilung des Dachverbands Schweizer Jugendparlamente DSJ vom 27. März 2013

Politische Bildung im Lehrplan 1995...

Für die politische Bildung in der praktischen Schulrealität des Kantons Bern sind auch die Lehrplanvorgaben von Bedeutung.

1998, drei Jahre nach der Einführung des 1995 in Kraft getretenen Lehrplans für den Kanton Bern, war Ruth Calderón-Grossenbacher in einer Lizenziatsarbeit der Frage nachgegangen, wie die politische Bildung für die Stufe Sek I darin verankert sei.⁹ Sie war zu ernüchternden Einsichten gelangt: «Der Lehrplan enthält kein fachdidaktisches Konzept zur Politischen Bildung und erfüllt somit eine der wichtigsten Anforderungen an eine schulische Politische Bildung nicht.» Zwar zeige die Lehrplananalyse auf, dass politische Bildung auf Sekundarstufe I im Kanton Bern möglich sei. Durch das fehlende fachdidaktische Konzept im Lehrplan bleibe sie aber weitgehend dem Zufall überlassen, schreibt Calderón-Grossenbacher. «Damit reiht sich der neue Berner Lehrplan in die lange Liste jener schweizerischen Kantone ein, die das alte Postulat nach einer institutionalisierten Politischen Bildung in der Schule bis heute nicht umgesetzt haben»¹⁰, hält die Verfasserin fest.

Seither sind 15 Jahre vergangen. Manch eine Lehrperson hat es trotz den geltenden Lehrplanvorgaben geschafft, der politischen Bildung eine gute Form und spannende Inhalte zu verleihen, die Lebenswirklichkeiten der Schülerinnen und Schüler mit politischen Sachthemen zu verknüpfen, politische Bildung zu befreien vom Image einer trockenen, lebensfernen Institutionenkunde, die aktuellen globalen Herausforderungen der Politik und die damit verbundenen Ängste bei

Jugendlichen zu thematisieren – den Schülerinnen und Schülern demokratische Erfahrungen und Reflexionen über Demokratie zu ermöglichen. EDUCATION zeigt Beispiele (vgl. Reportagen S. 18, S. 21 und S. 26).

... und im neuen Lehrplan 21

Im neuen Lehrplan soll politische Bildung expliziter bereits in der Primarstufe aufgenommen werden, als es bisher der Fall war, weiss Katharina Kalcsics von der PHBern. Einer von zwölf Kompetenzbereichen für den Kindergarten bis zur 6. Klasse sei «Gemeinschaft und Gesellschaft – Zusammenleben gestalten und sich engagieren». Das beginne damit, dass öffentliche Institutionen überhaupt einmal erkannt und von privaten unterschieden werden könnten. Im Weiteren lernten Schülerinnen und Schüler zum Beispiel verschiedene Formen von Machtausübung und Machtkontrolle erkennen, und sie übten sich darin, vielfältige Lösungen für Konflikte zu suchen und durchzusetzen.

Auch was die politischen Praxiserfahrungen anbelangt, eröffnen sich jungen Menschen im Kanton Bern evtl. bald neue Möglichkeiten: Am letzten Tag der diesjährigen Frühjahrssession wurde eine Motion zur Schaffung eines kantonalen Jugendparlaments eingebracht. Ein Vorstoss, der von diversen kantonalen Jungparteien und lokalen Jugendparlamenten im Kanton Bern unterstützt wird. Junge Menschen sollen auch im Kanton Bern die Möglichkeit erhalten, auf kantonomer Ebene an politischen Prozessen aktiv teilzunehmen, ist in der entsprechenden Medienmitteilung zu lesen.¹¹ «Nur wer mitbestimmen kann, identifiziert sich mit der Gesellschaft.»

Synthèse La démocratie en

danger? Quel intérêt les jeunes Suisses, et plus particulièrement les jeunes Bernois, portent-ils à la politique et à l'éducation à la citoyenneté? EDUCATION a analysé la situation et recensé les possibilités d'amélioration. Un certain nombre d'études comparatives internationales, comme celle de l'ICCS effectuée en 2009 dans laquelle un groupe important de jeunes Suisses enregistrent des ré-

sultats peu satisfaisants, mettent en évidence les lacunes de la jeunesse de notre pays en politique. Ces piètres résultats ont été suivis d'effets. Dans le canton de Berne, une motion du PEV, déposée en 2006, a exigé la mise en place et la promotion de «l'instruction civique» à l'école obligatoire et au degré secondaire II. Par ailleurs, le matériel d'enseignement a été étoffé: un classeur sur la politique et la démocratie a été édité au

printemps 2007. Cet outil mérite d'être cité parce qu'il fait appel à une nouvelle approche dans l'éducation politique, loin de l'instruction civique traditionnelle qui expose le développement des différentes formes d'État et ce qui les différencie, et plus proche d'une méthode globale d'apprentissage de la démocratie qui devrait être l'objectif principal de l'éducation à la citoyenneté à l'école obligatoire.

Politische Bildung Gaddafi fangen

Interview mit Katharina Kalcsics von Iris Frey

Foto: zvg



Dr. Katharina Kalcsics ist Dozentin für Fachstudien und Fachdidaktik Natur-Mensch-Mitwelt an der PHBern und wirkt als Bereichsleiterin Fachstudien und Fachdidaktik. Ihr Schwerpunkt ist historisches und politisches Lernen im Sachunterricht. In eigenen Forschungsarbeiten hat sie die Vorstellungen von Primarschülerinnen und -schülern zur Politik untersucht.

Wie wichtig sind Ereignisse, um bei Kindern und Jugendlichen Interesse für Politik zu wecken?

Grosse Ereignisse sind immer ein Auslöser. Wenn zum Beispiel einer der «bösen Männer» zur Strecke gebracht wird, kann sich das selbst auf die Spiele, die im Kindergarten gespielt werden, auswirken, es wird dann beispielsweise eine Zeit lang «Gaddafi fangen» gespielt.

Grosse Ereignisse wirken aber auch bei den jungen Erwachsenen nachhaltig, dies stelle ich bei unseren Studierenden fest. Erste politische Erinnerungen sind häufig Abstimmungen über kontrovers diskutierte Themen und internationale Konflikte, die einen grossen Platz in den Medien einnehmen.

Wie politikinteressiert sind unsere Kinder und Jugendlichen im Vergleich zum Ausland?

Das Interesse ist sicher vorhanden; dies haben wir in unserer Studie mit Schülerinnen und Schülern in 2. und 5. Klassen im Kanton Bern festgestellt. Grosse Vergleichsstudien zeigen allerdings, dass die Schweizer Jugendlichen politisch eher weniger interessiert sind als Gleichaltrige im Ausland. Das Vertrauen unserer Jugendlichen in Institutionen wie Gericht und Regierung scheint grösser zu sein, aber nicht in die Parteien. Anders gesagt, dort wo es gut läuft, ist die Notwendigkeit, sich für Politik zu interessieren, offensichtlich geringer.

Wenn Wahlen wie in den meisten übrigen Ländern Europas an der Urne im Wahllokal stattfinden und sich nicht wie in der Schweiz per Post erledigen lassen, kriegen

die Kinder auch mehr von solchen Prozessen mit. Vielleicht haben sie einen kleinen Nachteil, da die Sichtbarkeit von Prozessen und gewisse Symbole für das Politikverständnis wichtig sind.

Wie entscheidend ist die persönliche Betroffenheit für das Interesse an Politik?

Das ist eine Schwierigkeit bei der politischen Bildung: Bis die Jugendlichen wirklich am öffentlichen politischen Geschehen teilnehmen können, müssen sie warten, bis sie achtzehn sind. Vieles, was die Schule versucht, ist simuliert. Klassenräte und Schülerparlamente nützen für die politische Bildung aber nur, wenn geklärt ist, über welche Freiräume die Kinder und Jugendlichen tatsächlich bestimmen können, und man nicht auf halber Strecke sagt «Halt, das geht nun zu weit». Nur wer nach der Problemanalyse und Lösungssuche auch die Umsetzung beeinflussen kann, stellt fest, dass Politik nie «fertig» ist, dass eine Lösung vielleicht nur für einen Moment stimmt und dann eine neue gesucht werden muss. Diese Grunderfahrung müssen Jugendliche machen können, dann wird vielleicht das politische Interesse und das Vertrauen in das eigene politische Können grösser.

Heisst dies auch, dass wir ihnen Kompetenzen übertragen müssen?

Richtig, wir sollten den Kindern und Jugendlichen Rechte und gewisse Entscheidungsfreiräume anbieten. Dies funktioniert auch bei jüngeren Kindern. Wenn Lehrperso-

nen es wagen, sie Klassenverträge aushandeln und ihre Abmachungen ausprobieren zu lassen, dann mögen sie oder die Eltern zeitweise ein bisschen zittern... (*lacht*). Für die Kinder ist dieser Prozess wichtig. Sie kommen beispielsweise zum Schluss, dass die Abmachung, jederzeit den Platz im Klassenzimmer wechseln zu können, nicht wirklich umsetzbar ist. Solche Prozesse werden leider oft abgewürgt. Den Mut, die Kinder ihre Absprachen ausprobieren zu lassen, haben nicht alle.

Bei Ihren Forschungen hatten Sie jüngere Kinder im Visier. Was verstehen sie überhaupt von Politik, unter Politik?

Unsere Untersuchungen in zweiten Klassen haben ergeben, dass die Kinder Politik an Personen und Ereignissen festmachen, die grosses mediales Interesse wecken. Es geht um Entscheidungen, die Ordnung und Ruhe in das Zusammenleben bringen. In vielen Köpfen wird Politik zudem mit einem König assoziiert, allerdings meistens mit einem König aus der Welt der Gebrüder Grimm und nicht mit konkreten historischen Vorbildern.

Auf die Frage, weshalb Politiker bestimmen dürfen, kam sehr oft die Antwort, «weil sie gewählt worden sind». Wobei sich die Vorstellungen über die Wählerinnen und Wähler bei kleineren Kindern unterscheiden: Einige denken, dass irgendwelche mystischen Kräfte eine solche Wahl bestimmen, andere meinten zu wissen, dass die Regierenden vom Volk gewählt würden. Dementsprechend ging ein Teil der Kinder davon aus, dass die Gewählten tun und lassen können, was sie wollen, die anderen waren eher der Meinung, die Regierenden müssten den Wählerwünschen entsprechen.

Können Sie in wenigen Sätzen für EDUCATION zusammenfassen, was politische Bildung in der Schule ist und wie sie funktioniert?

Politische Bildung heisst, sich mit den Kindern auf den Weg zu machen und anzuschauen, wie eine Gesellschaft ihre Probleme lösen und sich organisieren kann zum Nutzen von möglichst allen Beteiligten. Fragen rund um die Themen Macht und Gemeinwohl sowie zur Struktur und zum System eines Staates werden erarbeitet. Die gemeinsamen Lösungsfindungsprozesse sollten thematisiert und Demokratie als intensiver und konfliktreicher Aushandlungsprozess erfahren werden. Hier kann das Debattieren und Verhandeln geübt werden. Das kann an Themen in der Klassen- oder Schulgesellschaft ausprobiert werden, ebenso wie an exemplarischen Fragen zur Arbeitslosigkeit oder zum Umgang mit den natürlichen Ressourcen.

Politische Bildung bedeutet zudem, demokratischen und rechtsstaatlichen Strukturen auf den Grund zu gehen. Das Prinzip der Gewaltenteilung soll nicht auswendig gelernt, sondern verstanden werden.

Was kann man Kindern am Prinzip der Gewaltenteilung zeigen?

Sie können erkennen, dass man sich über eine Sache «streiten», sich mit ihr auseinandersetzen kann, ohne dass dies zu persönlichen Verletzungen führen muss. Dass in der Politik verschiedene Meinungen möglich sind. Wichtig ist, mit Vergleichen zu arbeiten. Wie schützt unser System uns beispielsweise davor, dass eine einzelne Person plötzlich so viel Macht haben kann, wie Gaddafi sie hatte? Welche Mechanismen gibt es, um dies zu verhindern? Wenn wir das thematisieren, kommen wir der Frage auf die Spur, was Gewaltenteilung ist und wie sie funktioniert.

Weshalb sollen Kinder schon in der Primarschule etwas über Politik wissen?

Das Verständnis dafür, in welche Gesellschaft Kinder hineinwachsen, wie Menschen das Verhältnis zu

anderen Menschen und zur Natur bewältigen, ist das Ziel des NMM-Unterrichts. Wichtig dabei ist auch der Aspekt, wie wir es anstellen, dass eine Gesellschaft überhaupt funktioniert. Wie kommen wir zu Regeln, die unser Zusammenleben bestimmen? Diese Fragen sind sehr zentral, und deren Beantwortung fängt für Kinder an, wenn sie in die KITA oder den Kindergarten kommen. Es geht nicht darum, dass sie in diesem Alter die Mitglieder unseres Bundesrates kennen oder den Unterschied zwischen National- und Ständerat definieren können. Wichtig ist, zu verstehen, dass Politik ein ständiger Kreislauf von Lösungsfindungen ist, und die verschiedenen Möglichkeiten zu kennen, die es gibt, um zu Entscheidungen zu kommen. Zudem sollen Kinder erkennen können, wie und wo man Einfluss nehmen kann. Das sind grundlegende demokratische Kompetenzen – wer die Regierungsmitglieder aufzählen kann, verfügt nicht automatisch darüber.

Hinweise auf Forschungsarbeiten

- [Kalcsics, Katharina; Raths, Kathleen \(2011\): Schülervorstellungen zum Regieren und Wählen. In: Dominik Allenspach, Béatrice Ziegler \(Hrsg.\), *Forschungstrends in der politischen Bildung* \(S. 63–75\). Zürich: Rüegger Verlag](#)
- [Kalcsics, Katharina; Raths, Kathleen \(2013\): Was Kinder unter Politik verstehen. Vorstellungen über Herrschaft von Schülerinnen und Schülern. In: Evelyn Wannck et al. \(Hrsg.\), *4- bis 12-Jährige. Ihre schulischen und ausser schulischen Lern- und Lebenswelten* \(S. 241–247\). Münster: Waxmann](#)
- [Raths, Kathleen; Kalcsics, Katharina \(2011\): Macht mit Legitimation – Vorstellungen von Kindern über Herrschaft im demokratischen System. *Zeitschrift für Didaktik der Gesellschaftswissenschaften* 2/2011 \(S. 58–81\).](#)



Politische Bildung

«Mein Grosi überlässt mir die Abstimmungsunterlagen»

Mathias Marti

Zehn Schülerinnen und Schüler der Oberstufe Aarberg konnten im Februar 2013 an der Projektwoche «Schulen nach Bern» teilnehmen. Dort durften sie die Spielregeln der direkten Demokratie vor Ort erleben – im Nationalratssaal. Mittendrin, statt nur dabei.

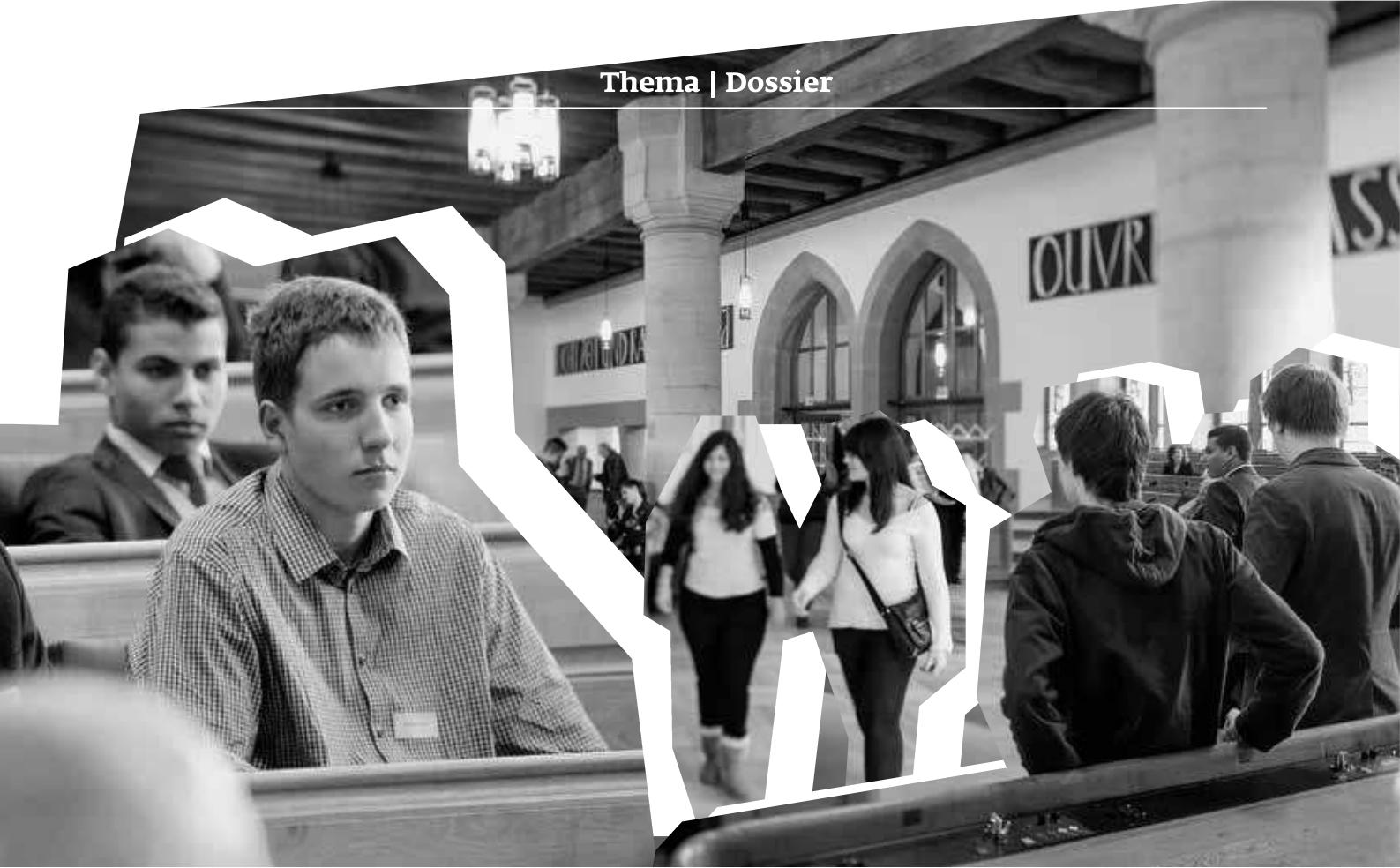
Meistens habe sie eine andere Meinung als ihr Vater, entgegnet eine Schülerin auf die Frage, ob zu Hause über Politik diskutiert werde. Das sei bei ihm nicht anders gewesen, sagt Lehrer Martin Hagi. Es wäre gut, wenn alle in ihrer Schulzeit einmal im Bundeshaus gewesen wären, meint Hagi zu den Jugendlichen. Die Schülerinnen und Schüler haben sich freiwillig für das Projekt «Schulen nach Bern» gemeldet. Sie wollten einmal in ihrem Leben vor Ort erfahren, wie «Politik machen» funktioniert.

Zur Vorbereitung durften die Aarberger Schülerinnen und Schüler eine Initiative ausarbeiten: «Kitas für alle», so der Titel des Vorstosses, wurde im Nationalratssaal mit Vehemenz vertreten. In der Vorbereitung sei das Thema umstritten gewesen, sagen die

Schülerinnen und Schüler. «Wir mussten uns aber auf ein Thema einigen. Das hat ein paar Diskussionsrunden zur Folge gehabt.»

Die Lehrpersonen entscheiden oft selber, ob Unterrichtsteile für die politische Bildung eingesetzt werden. «Oft haben Lehrpersonen Respekt davor, ihre politische Gesinnung in den Unterricht einfließen zu lassen. Das ist schade. Die Jugendlichen haben eigentlich kein Problem damit, solange man seine Haltung transparent macht.» Martin Hagi weiss, wovon er spricht. Als er früher für die politische Linke aktiv war, wurde er dann und wann von einem Kollegen im Lehrerzimmer als «Lehrer aus der Sowjetunion» betitelt. «Das war schon starker Tobak», erinnert er sich. Mittlerweile haben sich die Verhältnisse aber so weit verbessert, dass man zu einer anständigen Diskussionskultur gefunden hat. «Die verhärteten Fronten aus den alten Zeiten sind vergessen», sagt er dazu.

Und weshalb haben die Jugendlichen beim Projekt mitgemacht? Sie würden die Regeln des politischen Alltags wenig kennen, meinen die meisten. «Wir



wollten wissen, wie die Regeln umgesetzt werden. Wir hätten nicht gedacht, dass es solch ein ausgeklügeltes System ist.» Lehrer Martin Hagi setze sich vorbildlich für die Interessen der Jugendlichen ein. Es sei wichtig, dass man wisse, wie Wählen und Abstimmen funktioniere. Nur im Schulzimmer, aus den Büchern, lerne man dies nicht. Da sind sich die Aarberger einig. Und sie würden die Teilnahme am Projekt «Schulen nach Bern» jeder Klasse weiterempfehlen.

Nicht nach Bern wegen Machtpolitik

Die Jugendlichen interessiert an der Politik nicht die Macht. «Wir sind nach Bern gegangen, um zu diskutieren, neue Leute kennenzulernen und tragfähige Lösungen zu finden.» Das tönt schon fast nach Berufspolitik, oder nicht?

Bern sei «cool», spannend gewesen. Eine Schülerin versteht nicht, weshalb die Texte oft so hochgestochen geschrieben seien. «Man müsste doch eigentlich verständlich formulieren. Schliesslich sollen alle verstehen, worum es geht.» Der Besuch habe ihnen die Parlamentsarbeit nähergebracht. «Wir haben gesehen, wie Entwürfe erarbeitet werden und die Arbeit in den Kommissionen funktioniert.»

Ein anderer Schüler sagt: «Mir ist in Erinnerung geblieben, dass Frau Dreifuss falsche Informationen weitergegeben hat. Unsere Initiative wurde falsch interpretiert. Ich habe es als unnötig empfunden, dass eine ehemalige Bundesrätin vor Ort war. Kaum hat Frau Dreifuss gesprochen, hat sich das Stimmenmehr verschoben. Das war uncool», kritisiert er das Engagement der Bundesrätin a.D. Frau Dreifuss habe auch

Das ist «Schulen nach Bern»

Demokratie muss gelernt werden, damit sie gelebt werden kann. Hier setzt der Verein «Schulen nach Bern» mit seinem Projekt an. Ziel ist es, bei den Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe I (inkl. Brückenangeboten) durch ihre Teilnahme an einer politisch unabhängigen Projektwoche Interesse für die direkte Demokratie zu wecken und die Motivation, diese Demokratie aktiv mitzugestalten. Schulklassen aus der ganzen Schweiz und allen Sprachregionen kommen in die Bundesstadt und erfahren – am Puls des Geschehens – die nationale Politik. Im Rahmen eines Planspiels erleben sie als Nationalrätinnen und Nationalräte, dass die Demokratie eines Landes nur funktionieren kann, wenn sich die dort lebenden Personen aktiv daran beteiligen.

Für die Vorbereitung auf die Staatskundewoche in Bern wurde das Lehrmittel «Schulen nach Bern» entwickelt. In Bern festigen und vertiefen die Schülerinnen und Schüler dann ihre im Voraus erworbenen Kenntnisse über unser politisches System und werden für die Einflussmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger sensibilisiert. Am Rande soll ihnen durch den Besuch in der Botschaft eines anderen Landes auch ein anderes politisches System nähergebracht werden. Im Falle der Klasse aus Aarberg war dies die Botschaft von Südafrika.

www.schulen-nach-bern.ch

noch Abstimmungspropaganda für den Familienartikel gemacht. Das sei komplett unpassend gewesen, ergänzt ein anderer Schüler. «Die Schülerinnen und Schüler haben es nicht auf sich sitzen lassen und der ehemaligen Bundesrätin persönlich Rückmeldungen dazu zukommen lassen», sagt Martin Hagi zufrieden.

Alle Schülerinnen und Schüler aus Aarberg waren mehrmals am Rednerpult. «Vorher ist man nervös, aber wenn man oben steht, gehts. Auch wenn ich das nicht so gerne mache, waren die Rückmeldungen der anderen ganz gut», sagt ein Schüler. Er habe das Gefühl gehabt, dass man mit der Zeit nicht mehr richtig zuhört, meint ein anderer. «Es gab halt viel Repetition. Eigentlich wie bei den Grossen. Wir verstehen jetzt, weshalb man im Parlament den Rednerinnen und Rednern nicht immer zuhört.»

Martin Hagi erklärt weiter, dass aus jedem Kanton ein Parlamentarier mit den Schülern spricht. «In unserem Fall war dies Matthias Aebischer. Er hat anhand von konkreten Beispielen aufgezeigt, dass sich ein Politiker als öffentliche Person viele Dinge nicht mehr leisten kann.» Finden die Schüler das gut? Einer meint: «Die sollen sich gefälligst an die Regeln halten. Wenn sie diesen Weg einschlagen, müssen sie sich bewusst sein, dass sie im Schaufenster stehen.» Eine Kollegin sieht die Sache differenzierter: «Sie müssen nicht fehlerfrei sein, aber es mindestens versuchen. Sie haben schliesslich Vorbildfunktion!»

Die Mehrheit für Stimmrechtsalter 16

Die Oberstufenschüler aus Aarberg haben zusammen mit rund 100 Gleichaltrigen einen Einblick in den Politikalltag in Bern erhalten. Nur das Stimmrecht

haben sie gemäss Gesetz noch nicht. Würden sie eine Änderung der bestehenden Gesetzgebung begrüssen und gerne mit 16 Jahren wählen und abstimmen können?

Die Frage fördert erstaunliche Antworten zutage: «Ich persönlich stimme mit den Unterlagen meiner Grossmutter und bespreche dies mit ihr. Mein Grosi ist meistens gleicher Meinung wie ich. Ich habe ihr diesen Vorschlag gemacht, weil sie die Unterlagen oft weggeworfen hat.» Das Votum löst bei Lehrer Hagi ein herzhaftes Lachen aus. So stellt er sich politische Bildung zwar nicht ganz vor – alleine die Initiative des Schülers freut ihn aber.

Ein zweiter Schüler setzt sich vehement für Stimmrechtsalter 16 ein. Er findet es eine Bevormundung, dass man nicht abstimmen kann. Eine Schülerin fände es gut, würde aber nicht davon profitieren. Ein Jugendlicher äussert die Befürchtung, dass Jugendliche leichter manipulierbar seien. Das wäre aber das Grosi auch, entgegnet ein anderer. Und schon ist die politische Diskussion in vollem Gange.

Und was würden die Aarberger ändern, wenn sie morgen im Bundesrat einsitzen könnten? Die Jugendlichen dürfen sich eine Minute besprechen. Erster Vorschlag: Landeshymne ändern. Das wird aber von der Mehrheit als Vorschlag rasch verworfen. Also muss ein anderer Vorschlag her: Gratisangebot für den öffentlichen Verkehr. Dieser Vorschlag erhält sofort eine deutliche Mehrheit.

Die Diskussionskultur der kurzen Übung zeigt: Die Jugendlichen aus Aarberg wissen, wie man politische Forderungen formuliert und sich einigen kann. Nicht zuletzt dank dem Besuch in Bundesbern.

Synthese Le projet «Écoles à Berne» La démocratie doit être étudiée pour pouvoir être pleinement appliquée. C'est de cette idée qu'est née l'association «Écoles à Berne» qui a précisément pour but, au travers de semaines-projets apolitiques, d'éveiller l'intérêt des élèves du degré secondaire I (solutions transitoires comprises) pour la démocratie directe et de les motiver à participer activement au processus démocratique. Des classes de toutes les régions linguistiques de la Suisse se

rendent dans la ville fédérale pour y vivre concrètement l'actualité politique nationale. Grâce au jeu de simulation «Écoles à Berne», les jeunes endossent le rôle d'une conseillère ou d'un conseiller national et comprennent ainsi que la démocratie d'un État ne peut fonctionner que si ses habitants y prennent une part active. Afin de pouvoir se préparer à cette semaine d'éducation civique à Berne, le manuel «Écoles à Berne» a été mis au point. Durant leur séjour à Berne, les élèves ont

l'occasion de consolider et d'approfondir leur connaissance des bases du système politique de la Suisse, acquise auparavant en classe et sont sensibilisés à l'influence des citoyennes et citoyens. Avec la visite d'une ambassade, la possibilité leur est donnée de découvrir également un autre système politique, en l'occurrence l'ambassade de la République d'Afrique du Sud pour la classe d'Aarberg.

www.ecoles-a-berne.ch

Politische Bildung

Wie Wünsche Politik werden

Catherine Arber

Zwei aktive und ein ehemaliges Mitglied des Worber Jugendrates besuchen eine Sekundarklasse in Rüfenacht. Sie geben Einblick in Staatskunde und zeigen, wie unter 18-Jährige in der Gemeindepolitik so einiges bewirken können.

Auch sie war einst Schülerin in diesem Klassenzimmer. Doch nun sitzt Corinne Jörg nicht mehr hinter einer Schülerbank. Dazu ist die Wirtschaftsstudentin mit ihren 20 Jahren zu alt. Und sie hat einen anderen Plan: Sie steht vorne bei der Wandtafel, wo sonst der Lehrer Peter Maurer die Klasse 8a in Rüfenacht unterrichtet. Heute wird sie zusammen mit Denny Widmer (17) und Luca Steiner (14), beide Mitglieder des Worber Jugendrates, zwei Lektionen gestalten. Mit dem Ziel, die Klasse im besten Fall für die Politik zu interessieren. Oder sie zumindest dafür zu motivieren, sich in ihrer Gemeinde für ihre Wünsche und Ideen einzusetzen.

Ein Privileg

Denn dazu ist der Worber Jugendrat, einer der ältesten seiner Art in der Schweiz, gedacht. Corinne Jörg selber war sieben Jahre lang Mitglied des Jugendrates. Sie habe unheimlich viel gelernt in dieser Zeit, erzählt sie den Schülerinnen und Schülern. Etwa damals, als sie als 15-Jährige für die geplante Unihockeynacht mit einer Haftpflichtversicherung telefonierte und über eine Versicherungssumme von zwei Millionen verhandelte. «Ich lernte, mit viel Geld und viel Kompetenzen umzugehen», sagt Corinne Jörg, die heute als Parteilose im 40-köpfigen Worber Gemeindeparlament sitzt. «Doch was hat der Jugendrat mit Politik zu tun? Er ermöglicht es euch als noch nicht 18-Jährige, in der Worber Politik mitzuwirken», erklärt sie den Schülerinnen und Schülern, die ihr aufmerksam zuhören. Was man denn im Worber Parlament machen könne? «Geld verdienen», antwortet eine Schülerin. Corinne Jörg winkt ab: Viel Geld sei da nicht zu holen. Eine Sitzung, die zwischen drei und vier Stunden daure, werde mit 30 Franken entschädigt. Eine andere Schülerin schlägt vor: «Mitwirken und Vorschläge bringen.» Genau. Wie die Mitglieder des Gemeindeparlamentes haben die Jugendräte die Möglichkeit, eine Motion, ein Postulat oder eine Interpellation einzureichen. Die Worber Par-

lamentarierin erklärt der Klasse die Bedeutung dieser drei Vorstossarten. «Es ist ein Privileg, dass der Worber Jugendrat diese Möglichkeit hat. Und die im Parlament müssen dann über die Inhalte der Jugendvorstösse reden.»

Möglichkeiten ohne Grenzen

Auf die Initiative des Worber Jugendrates zurück geht beispielsweise der Skaterpark. Der Jugendrat habe ein Budget von jährlich 10 000 bis 15 000 Franken zur Verfügung, mit welchem er auch Anlässe organisieren könne, erklärt Corinne Jörg. «Unseren Möglichkeiten sind keine Grenzen gesetzt.» Doch momentan scheint es um den Mitgliederbestand nicht sehr gut bestellt zu sein: Im besten Fall zählt der Rat zwischen 15 und 30 Mitglieder, derzeit sind weniger als 15 Aktivmitglieder dabei. Mitgliederwerbung kann also nicht schaden. Corinne Jörg macht ihre Sache gut. Auch ihre beiden Kollegen kommen nun zum Zug. Denny Widmer, der wie Luca Steiner heute für die beiden Lektionen vom eigenen Unterricht befreit ist, erklären ihr Engagement im Jugendrat. Er mache da mit, weil er gerne organisiere und später in einer Sicherheitsfirma arbeiten wolle, sagt der 17-Jährige. Bei den vom Jugendrat organisierten Anlässen könne er die Gäste kontrollieren, «das macht mir Spass.» Luca Steiner ist mit dabei, weil er findet, dass in der Gemeinde Worb zu wenig für die Jugendlichen laufe, und er etwas dagegen tun möchte. Er und seine Kolleginnen und Kollegen tun dies beispielsweise mit einer Ballnacht oder mit einem Unihockeyanlass.

Interesse steigt mit Alter

Das ist gut gemeint. Doch in der 8a löste der vom Jugendrat organisierte Ball wenig Begeisterung aus – niemand hat an dieser Tanznacht teilgenommen, an der immerhin bis morgens um 2 Uhr getanzt und wie in den amerikanischen Filmen eine Ballkönigin und ein Ballkönig erkoren wurde. Warum dies so ist, wird sich später in der Diskussion herausstellen. Doch zunächst gestalten die beiden Schüler und die Studentin eine kleine Staatskunde- und Quiz. Von Gewaltentrennung ist die Rede, was eine Exekutive, eine Legislative und eine Judikative ist. Die Schülerinnen ►

und Schüler hören dies nicht zum ersten Mal. Doch wie sich im Staatskundequiz herausstellt, ist davon nicht mehr allzu viel präsent. «Je älter die Schülerinnen und Schüler werden, desto mehr interessiert es sie, und Staatskunde ist nicht mehr reines Pflichtfach», beobachtet ihr Lehrer Peter Maurer.

Ideen sprudeln

Die Schülerinnen und Schüler der achten Sekundar-klasse beschäftigen sich auch sonst mit allerhand. Die Berufswahl ist ein wichtiges Thema. Sie wollen Informatiker, Sängerin, Architekt, Hotelmanagerin, Redakteurin, Chef der UBS, Managerin, Geomatiker oder Sportwarenverkäufer werden, haben sie auf Plakate geschrieben. Nun setzen sie sich in drei verschiedenen Gruppen zusammen. Luca Steiner, Denny Widmer und Corinne Jörg moderieren die Gespräche. Was sie denn in der Gemeinde Worb im Bereich der Kultur, des Sports und der Politik verändern möchten? «Was habt ihr für Ideen, was möchtet ihr gern machen?», fragt Luca seine Gruppe. «Eine Talentshow!» Das «Musickaffi» im Kirchgemeindehaus Rüfenacht, das es einst gab, soll wieder eingeführt werden. Die Öffnungszeiten von 17 bis 18 Uhr seien ungünstig gewesen, stellt die Gruppe fest. «Das sind Zeiten für Kleine, nicht für

uns Grossen.» Gewünscht wäre ein Betrieb von 19 bis 21 Uhr, und statt am Mittwochabend bitte an den Wochenenden. Schön wäre auch eine Party im Sommer, findet die Gruppe. Es stellt sich heraus, warum von der 8a niemand an der Ballnacht teilgenommen hat. Viele fanden den Eintrittspreis, der zwischen 15 und 25 Franken betrug, zu hoch angesetzt. «Fünf Franken billiger wären okay», sagt eine Schülerin.

Auch in der Gruppe «Politik» mangelt es nicht an Vorschlägen von den Schülerinnen und Schülern. Das «Musickaffi» wird auch hier genannt. Es wird bemängelt, dass gewisse Aussenquartiere nachts schlecht mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen seien und dass die Gemeinde über zu wenig Fussballplätze verfüge. Ein Kunstrasen wäre die Lösung. In der «Sport»-Gruppe sprudeln die Ideen erst recht, sie reichen von einem Schwimmwettkampf, Volleyball, einer Tanzmeisterschaft bis hin zum Schachwettkampf. Was daraus werden wird und ob einige dieser Ideen dereinst in einen parlamentarischen Vorstoss des Jugendrats münden werden, wird sich in den kommenden Wochen und Monaten weisen. Doch den Schülerinnen und Schülern der 8a Rüfenacht ist an diesem Dienstagmorgen vermutlich klar geworden, wie schnell aus Wünschen Politik werden kann. Wenn sie wollen. Die Möglichkeit dazu haben sie.

Synthèse Comment les désirs de-
viennent politiques Elle aussi a
été autrefois élève dans cette classe.
Aujourd'hui, Corinne Jörg n'est
plus assise derrière un pupitre.
À 20 ans, l'étudiante en sciences
économiques est trop âgée pour
cela. Elle se trouve à la place où
devrait se trouver Peter Maurer,
enseignant de la classe 8a de
Rüfenacht. Avec Denny Widmer
(17 ans) et Luca Steiner (14 ans),
tous deux membres du Conseil des
jeunes de Worb, elle anime deux
leçons dans le but, au meilleur
des cas, de susciter l'intérêt de la
classe pour la politique ou au
moins de motiver les élèves à s'en-
gager dans leur commune pour
défendre leurs désirs et leurs idées.
C'est en effet pour cela qu'a été
conçu le Conseil des jeunes de
Worb, un des plus anciens de

Suisse. «Il vous permet de partici-
per à la politique de Worb alors que
vous n'avez pas encore 18 ans»,
déclare Corinne Jörg aux élèves qui
l'écoutent attentivement. Comme
les membres du Parlement com-
munal, les jeunes ont la possibi-
lité de déposer une motion, un
postulat ou une interpellation.
Au cours d'une brève leçon d'édu-
cation civique, Corinne Jörg ex-
plique à la classe l'importance
de ces trois types d'interventions.
«C'est un privilège pour le Conseil
des jeunes de Worb d'avoir cette
possibilité. Cela oblige les per-
sonnes siégeant au Parlement
de débattre aussi des questions
concernant la jeunesse.»
Mais qu'est-ce que les élèves sou-
haitent changer dans la commune,
quels sont leurs désirs et besoins?
Ils ne manquent pas d'idées,

comme cela ressort des discus-
sions de groupe. Par exemple une
meilleure desserte des quartiers
périphériques par bus le soir, un
concours de talents, un lieu de
rencontre le week-end, des événe-
ments sportifs, davantage de
stades de football. Les semaines
et mois à venir montreront si
quelques-unes de ces idées débou-
cheront sur une intervention par-
lementaire. En tous les cas, les
élèves de la classe 8a de Rüfenacht
ont vraisemblablement réalisé
combien les désirs peuvent vite
devenir politiques, s'ils le veulent.
Ils en ont les moyens.



Politische Bildung | Éducation à la citoyenneté Blitzlichter | Perspectives

Vier junge Politikerinnen und Politiker berichten, wie sie politisiert wurden und wo sie die Rolle der Schule in der politischen Bildung sehen.



Wichtige Aufgabe der Schule
Tanja Sollberger,
Grossrätin Grünliberale

Ein prägendes Ereignis in meiner Kindheit war sicher der Chemieunfall von Schweizerhalle. Ich war zehn Jahre alt, als uns die Sirenen weckten und wir wegen der möglichen gesundheitlichen Gefährdung nicht in die Schule gehen durften. Der Rhein färbte sich rot, und Abertausende Fische verendeten im vergifteten Rhein. Ich denke, dass dieses Ereignis tief ins Unterbewusstsein der Nordwestschweizerinnen und -schweizer eingedrungen ist; die ganze Region wurde damals politisiert.

Danach habe ich das Wirtschaftsgymnasium in Basel besucht, welches aufgrund des alltagsnahen Lernstoffs erneut ein Ort war, wo wir über Politik, Recht und Wirtschaft anhand von Fallbeispielen viel lernen konnten; die Aktualität des Lernstoffs hat mich immer begeistert. Insbesondere hatten wir eine sehr engagierte Volkswirtschaftslehrerin, welche uns auf anschauliche Art und Weise auf

Probleme unseres Wirtschaftssystems aufmerksam machte.

Die Themen beschäftigten mich schon damals und waren häufig Anlass, um am Mittagstisch mit meinem Vater weiterzudiskutieren. So wuchs ich auch zu Hause in einer Umgebung auf, wo politische Themen wichtig waren.

Geblichen ist mir auch ein Besuch des damaligen Bundesrats Otto Stich, welcher als ehemaliger Handelslehrer der Wirtschaftsschule Basel unserer Klasse einmal eine Stunde lang Red und Antwort stand.

Die politische Bildung der jungen Menschen finde ich eine äusserst wichtige Aufgabe der Schule. Ihr Interesse muss geweckt werden, denn ihre Zukunft hängt unter anderem von den Entscheidungen der Politik ab. Wir sollten ihnen auch mit gutem Beispiel vorleben, dass eine funktionierende Gemeinschaft und der soziale Friede wichtige Güter sind. Dies ist auch meine grösste Motivation, mich weiterhin fürs Gemeinwohl zu engagieren.



Politik leben
Christian Wasserfallen,
Nationalrat FDP.Die Liberalen

Für mich ist es ein klarer Fall: Politisch wurde ich zu Hause am Esstisch gebildet. Unendliche Diskussionen zu allen möglichen Facetten der Politik prägten meine

Jugendzeit im familiären Rahmen stark. Ich habe das sehr genossen. Zugeben darf ich jedoch auch, dass die Politik nicht von Anfang an mein Hauptinteresse war. Fussball, Unihockey, Eishockey, Aareschwimmen und draussen sein strapazierten meinen Tagesablauf gravierend. Häufig litten die Hausaufgaben unter meinen verschiedensten Interessen. Das ist vielleicht auch der Grund, weshalb ich gelernt habe, im Alltag mit optimalem Aufwand maximalen Ertrag zu erzielen. Im Gymnasium nahm mein politisches Interesse plötzlich zu. Je mehr Gegner ich in den Diskussionsrunden im Sprachunterricht hatte, desto lieber argumentierte ich. Die Suche nach guten Argumenten und Beispielen machte mir immer mehr Freude. Das führte dazu, dass ich noch vor der Matur der Jungfreisinnigen Partei beitrug. Nach ein paar Jahren wirklich sehr interessanter und kollegialer Parteiarbeit mit anderen jungen Menschen durfte ich dann in das Stadtparlament von Bern einziehen. Seit 2007 darf ich nun im Bundeshaus im Nationalrat wirken, was für mich jedes Mal wieder eine grosse Ehre und auch Freude ist.

Besonders die zahlreichen Schulklassen, die unser wunderschönes Parlamentsgebäude besuchen, schätze ich sehr. Politik lebt nämlich. Da kommen aus allen Landesteilen Klassen daher; Grundschulen, Berufsschulen, Gymnasien, Studierende. Meine beiden wichtigsten Appelle an alle – auch an die Lehrerinnen und Lehrer – sind immer gleich: Nutzen Sie erstens Ihre politischen Rechte, und beteiligen Sie sich zweitens politisch, egal wo. Jede Bürgerin und jeder Bürger der Schweiz kann in einem Jahr mehr abstimmen als

andere Menschen im Ausland in ihrem ganzen Leben. Nicht weit von unserem Land entfernt gibt es nicht einmal grundlegende Bürgerrechte. Was jenseits des Mittelmeeres fehlt, wird bei uns beinahe negiert. Stimmbeteiligungen von weniger als 40 Prozent schmerzen meine demokratische Seele stark.



Transmettre la politique de manière intéressante et vivante

Manfred Bühler, Cortébert, député UDC au Grand Conseil

Entré au Conseil municipal de mon village presque jour pour jour à mes 19 ans, je me suis intéressé très jeune à la politique. Dès l'école obligatoire, je suivais avec un intérêt certain les débats publics à la télévision, notamment française, d'où je garde des souvenirs de la campagne présidentielle 1988 avec la confrontation Mitterrand-Chirac.

Mon intérêt pour ce domaine de la vie s'est rapidement développé avec les années. Les cours d'éducation civique à l'école obligatoire, mais aussi d'histoire, m'ont permis d'approfondir les connaissances des mécanismes politiques tels que je pouvais les suivre dans l'actualité. Le contact avec d'excellents enseignants qui ont su présenter la politique de manière intéressante a sans doute aussi contribué à développer ce que je peux aujourd'hui considérer comme une passion.

L'entrée au gymnase a également contribué à poursuivre cette initiation, puisque j'y ai exercé certaines activités dans le cadre d'une organisation d'étudiants, activités qui se sont prolongées

dans l'organisation des étudiants en droit à l'Université de Berne. Le mandat de conseiller municipal à Cortébert, qui a débuté pendant ma dernière année de gymnase et duré treize ans, a contribué à me donner la possibilité de mettre en pratique les aspects théoriques que l'école m'avait permis d'acquérir.

En ce sens, s'il est indéniable qu'un intérêt personnel particulier m'a poussé dans la politique, je ne serais peut-être pas allé aussi loin sans la contribution de l'école. Il me paraît important, tout particulièrement dans ce pays de démocratie directe qu'est la Suisse, que les jeunes se voient enseigner les bases essentielles du système politique afin de comprendre le fonctionnement de nos institutions communales, cantonales et fédérales. Pour ce faire, il est fondamental de pouvoir compter sur des enseignant(e)s compétent(e)s et capables de transmettre ce savoir de manière vivante.



Politik ist Alltag, und Alltag ist Politik

Nadine Masshardt, Nationalrätin SP

Bereits als Kind war ich mit einem starken Gerechtigkeitssinn ausgestattet. Dies kam beispielsweise in lebhaften Diskussionen am Küchentisch zum Ausdruck.

Am Gymnasium diskutierten wir im Geschichtsunterricht die Abstimmungsvorlagen. Leider musste ich jedoch – keine 18 Jahre alt – noch warten, bis ich an den Abstimmungen teilnehmen konnte. Dass George W. Bush US-Präsident wurde, war ebenfalls Thema – und

wir diskutierten die Auswirkungen auf die Weltpolitik. Ich begann mich verstärkt für internationale Politik zu interessieren. So demonstrierte ich etwa mit Freunden in Bern gegen den Irakkrieg. Mir wurde in jener Zeit bewusst, dass der Grundsatz «Global denken, lokal handeln» auch fürs politische Engagement gilt. Und dass ich, wenn ich etwas verändern will, vor Ort beginnen muss. Stimm- und wahlberechtigt trat ich der SP bei – der Partei für Mensch und Umwelt.

Ich hatte Glück, dass ich in meiner Schulzeit immer wieder auf Lehrkräfte sowie Mitschülerinnen und Mitschüler stiess, die sich fürs aktuelle Zeitgeschehen in der Schweiz und der Welt und somit für politische Themen interessierten. Lange nicht alle teilten meine Ansichten – aber das machte die Diskussionen umso spannender und lebendiger. So wurden aus Buchbesprechungen in den Sprachfächern oftmals politische Debatten.

Politische Bildung ist in der heutigen Form stark abhängig vom Engagement und Interesse der Lehrkräfte. Das Büffeln von Politikbegriffen wie Legislative und Exekutive weckt kaum Feuer für politische Fragen. Die Praxis, das demokratische Zusammenleben, muss ins Zentrum gerückt werden. Politische Bildung sollte zudem nicht erst in der Oberstufe erfolgen, sondern spielerisch während der ganzen Schulzeit immer wieder einfließen. Wann immer ich eine Schulklasse besuche und mich den Fragen der Schülerinnen und Schüler stelle, zeige ich ihnen auf, dass Politik Alltag ist: Finde ich nach der Schule eine Lehrstelle? Fährt nach dem Ausgang ein Moonliner, der mich sicher nach Hause bringt? Gibt es genügend Begegnungsorte für Junge? Das alles sind politische Fragen, die auch die meisten Jugendlichen beschäftigen. Sie können die Grundlage sein für politische Diskussionen im Schulzimmer und darüber hinaus.